



Politisch getriebener Strukturwandel in einem peripheren Raum – ausgewählte Thesen

Stefan Zundel/BTU Cottbus Senftenberg

Kontakt: zundel@b-tude

- Die AFD setzt das Verhältnis von Peripherie und Zentrum wieder auf die politische Tagesordnung. Sie ist – ungewollt - in Verbindung mit dem Phasing Out der Braunkohle ein starker Treiber für eine erneute Befassung mit den Problemen peripherer Räume in den neuen Bundesländern und speziell in der Lausitz. [HL](#)
- Die politischen Akteure bemühen sich verstärkt um einen politischen Dialog mit der Bevölkerung, die sich in peripheren Entwicklungsräumen „abgehängt“ fühlt. [HL](#)
- Ein Strukturwandel durch einen möglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung in der Lausitz wird vor dem Hintergrund der Nachwenderfahrung mit Massenarbeitslosigkeit konnotiert („Strukturbruch“-Metapher). Wegen des demografischen Wandels ist der Typus des anstehenden Strukturwandels aber ein anderer. [HL](#)
- Der geplante Ausstieg aus der Braunkohleverstromung ist verbunden mit der Aussicht auf einen erheblichen Mittelzufluss in die Lausitz und damit eine – unerwartete – Chance den Strukturwandel in peripheren Räumen politisch zu bearbeiten. [HL](#)
- Er trifft die Landespolitik in Brandenburg und Sachsen teilweise unvorbereitet, weil der Ausstieg lange Zeit politisch ein Anathema war und regionale Strukturpolitik in peripheren Räumen hinter der Förderung metropolennaher Räume zurückstand („Stärken stärken“).

- Die Wertschöpfungskette „Braunkohleverstromung“ in der Lausitz hat circa einen Anteil von 3,3% der Beschäftigten und knapp 5% an der Wertschöpfung. Lokal (z.B. in Boxberg und Umgebung) hat ein vorzeitiger Ausstieg teilweise dramatische Auswirkungen. Es gibt aber viele Regionen in der Lausitz, in denen der demografische Wandel das drängendere Problem ist. [HL](#)
- Wegen der teilräumlichen Differenzierung der Lausitz und wegen der entfernungsbedingten hohen Transaktionskosten von politischen Bargaining-Prozessen gibt es starke Zentrifugalkräfte in der Lausitz. „Die“ Lausitz ist ein prekäres politisches Konstrukt. [HL](#)

- Der Braunkohleausstieg und die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit ist trotz harter sozialer Konsequenzen eine große Chance für die Entwicklung der Teilräume der Lausitz, die genutzt aber auch verspielt werden kann.
- Die politische Bearbeitung des Braunkohleausstiegs stellt auf schnelle, sichtbare, große und plakative Lösungen ab, um dem Populismus entgegen zu wirken. Strukturwandel läuft hingegen in Jahrzehnten, ist in der Lausitz vermutlich eher kleinteilig und deswegen auch im Erfolgsfalle eher unauffällig. Diese Spannung muss ausgehalten und organisiert werden.
- Ein schneller und umfangreicher Zufluss von Bundes- und Landesmitteln in die Region überfordert die Absorptionsfähigkeit der Region. Ein „Lausitzfond“ macht um so mehr Sinn, je mehr er auf den Zeitraum eines Strukturwandels bezogen wird (15 – 20 Jahre).
- Die Debatte zum Strukturwandel in der Lausitz wird als wirtschaftsnaher Modernisierungsdiskurs geführt. Zentrale Narrative zu den Zielen des Diskurses sind „Erhalt der Arbeitsplätze“, „ein hohes Lohnniveau“ sowie „Fachkräftesicherung“. Dem Abbau der hochwertigen industriellen Arbeitsplätze bei der LEAG soll mit einem Aufbau von anderen, ebenso hochwertigen industriellen Arbeitsplätzen in der Lausitz begegnet werden („ein Gigawatt gegen ein Gigawatt“). Dieser Fokus verstellt teilweise den Blick für Entwicklungspotenziale in der Region.

- Die meisten Vorschläge zur Bewältigung des Strukturwandels bedienen sich aus dem konventionellen Instrumentenbesteck der Wirtschaftspolitik:
 - a) *die* große Industrieansiedlung (z. B. Batteriefabrik),
 - b) Ansiedlung von FuE-Einrichtungen (z.B. Fraunhoferinstitute, Kompetenzzentrums Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI)...),
 - c) Ausbau der Infrastruktur (z.B. Ausbau der Digitalisierung, Ausbau der Eisenbahnverbindungen nach Cottbus und Görlitz)
 - d) besondere Investitionsbedingungen (z.B. verkürzte Genehmigungszeiten, Steuervergünstigungen etc.)

Diese Vorschläge machen durchaus Sinn. Sie sind aber nicht neu und deshalb ist fraglich, ob allein mit diesen Mitteln die Kluft zwischen peripheren Räumen und Metropolen verringert werden kann.

- Es gibt auch eine Reihe eher unkonventioneller Überlegungen, die eher auf endogene Entwicklungspotenziale abstellen, u.a.:
 - Intelligente Spezialisierung
 - Sonderwirtschaftszonen (eher problematisch)
 - Neue Konzepte des Wissenstransfers (kollaborative Projektentwicklung, Showrooms, Testbeds, Scouting, wissenschaftlich begleitete Partizipationsformate)
 - ...

Bei einigen dieser Vorschläge gibt es relativ wenig belastbare empirische Evidenz über ihre Wirksamkeit. Da hilft nur Ausprobieren.

- Eine große Schwachstelle vieler Überlegungen zum Strukturwandel ist der sich verstärkende Mangel an qualifizierten Facharbeitern. Er behindert neue Industrieansiedlungen und wird zur entscheidenden Entwicklungsbremse des Mittelstandes. Dem kann nur abgeholfen werden, wenn die Lausitz nicht nur als Wirtschaftsraum sondern auch als Lebensraum begriffen wird. Es sollte attraktiv sein in der Lausitz nicht nur zu arbeiten sondern auch zu leben.

- Erfolgreiche regionale Entwicklung hängt eng mit den mentalen Bildern der Menschen der Region über sich, die Region und der Erfahrung ihrer Selbstwirksamkeit zusammen.
- Trotz einer Reihe von positiven ökonomischen Entwicklungen (signifikanter Rückgang der Arbeitslosigkeit, höhere Löhne, Aufbau guter Infrastrukturen, etc.) ist die Grundeinstellung vieler Lausitzer auffallend skeptisch und negativ. Hinzu kommen gefühlte oder reale Ohnmachtserfahrungen wie zum Beispiel der Braunkohleausstieg, der durch die nationale Klimapolitik erzwungen wird.
- Eine regionale Entwicklung, die vor allem auf Hilfe von außen gestützt ist und nur von einer zahlenmäßig kleinen regionalen Elite getragen wird, wird es schwer haben. Umgekehrt dürfte eine regionale Entwicklung, die von der Bevölkerung als eigenes Projekt angenommen wird, mehr und nachhaltigere Wirkung entfalten.

Kontakt: zundel@b-tu.de

DANKE FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Ergebnis Bundestagswahl 24. September 2017

Wahlkreis	Zweitstimmenergebnis
Kreisfreie Stadt Cottbus	24,26%
Landkreis Spree-Neisse	28,88%
Landkreis Elbe-Elster	24,20%
Landkreis Dahme-Spreewald	21,40%
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	25,90%
Bautzen	32,80%
Görlitz	32,90%
Deutschland	12,60%

Ministerpräsident Dietmar Woidke setzt seine Reihe der Bürgerdialoge fort und besucht am Montag (10. Dezember) den Süden Brandenburgs. Dieses Mal macht er Station in Lauchhammer. Gemeinsam mit Bürgermeister Roland Pohlenz lädt er alle Bürgerinnen und Bürger zu einem offenen Austausch ein. „Zur Sache, Brandenburg!“ beginnt um 19.00 Uhr im Kulturhaus Lauchhammer-Mitte. Einlass ist ab 18.15 Uhr. (Presseinformation der Landesregierung Brandenburg)

Michael Kretschmer zum Bürgergespräch in Trebendorf Ministerpräsident Michael Kretschmer lud mit den Bürgermeistern der Verwaltungsgemeinschaft Schleife Reinhard Bork (Schleife), Helmut Krautz (Groß Düben) sowie Waldemar Locke (Trebendorf) zum gemeinsamen Bürgergespräch in das Haus der Vereine in Trebendorf ein. Das Bürgergespräch gehörte zur Dialogreihe »Direkt: Michael Kretschmer im Gespräch in Ihrer Gemeinde«. Die Gesprächsabende sind offen und alle Bürgerinnen und Bürger können ihre Themen und Ideen einbringen und gemeinsam mit den Politikern diskutieren. (Presseinformation der Landesregierung Sachsen)

[HL](#)

- „Die Lausitz hat nach der Wende in den 1990er Jahren einen regelrechten "Strukturbruch" als Schockereignis erfahren: Innerhalb weniger Jahre schrumpfte die Anzahl der direkt in der Braunkohleförderung und -verstromung Beschäftigten von knapp 80.000 in den 1980er Jahren auf derzeit ca. 8.000 Vollzeitbeschäftigte (Statistik der Kohlenwirtschaft, 2016).“

Quelle: Regionales Investitionskonzept (RIK) Lausitz 2018, S.11

- „Welche Folgen hätte Ihres Erachtens ein übereilter Ausstieg aus der Lausitzer Braunkohle, wie er derzeit u.a. von Merkel, Gabriel und Hendricks beabsichtigt und vorangetrieben wird?
- Das wäre auf jeden Fall ein Strukturbruch! Uns würde jegliche Gestaltungsmöglichkeit im Rahmen des Strukturwandels genommen, der ja auch schon seit der Wende mit der Braunkohle positiv gestaltet wird. Es wäre nicht nur eine Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Lausitz, sondern tatsächlich des gesamten Industriestandorts Deutschlands. Die Folgen eines übereilten Ausstiegs wären kaum absehbar. (Christine Herntier, Bürgermeisterin von Spremberg)“

Quelle: Verein Pro Lausitzer Braunkohle. Aufgerufen am 8.12.2018

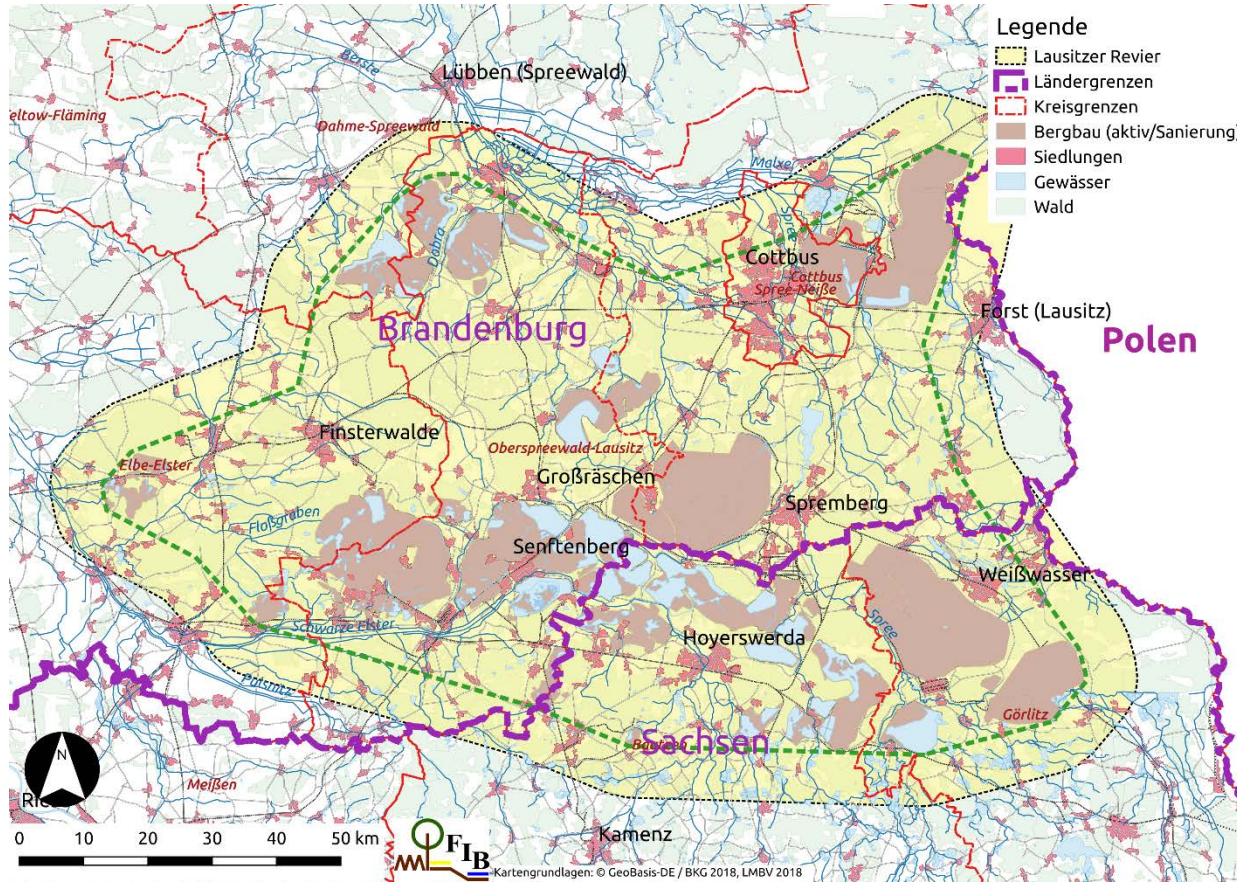
https://www.pro-lausitz.de/index.php/aktuelle_nachrichten/items/das-waere-ein-strukturbruch.html

HL

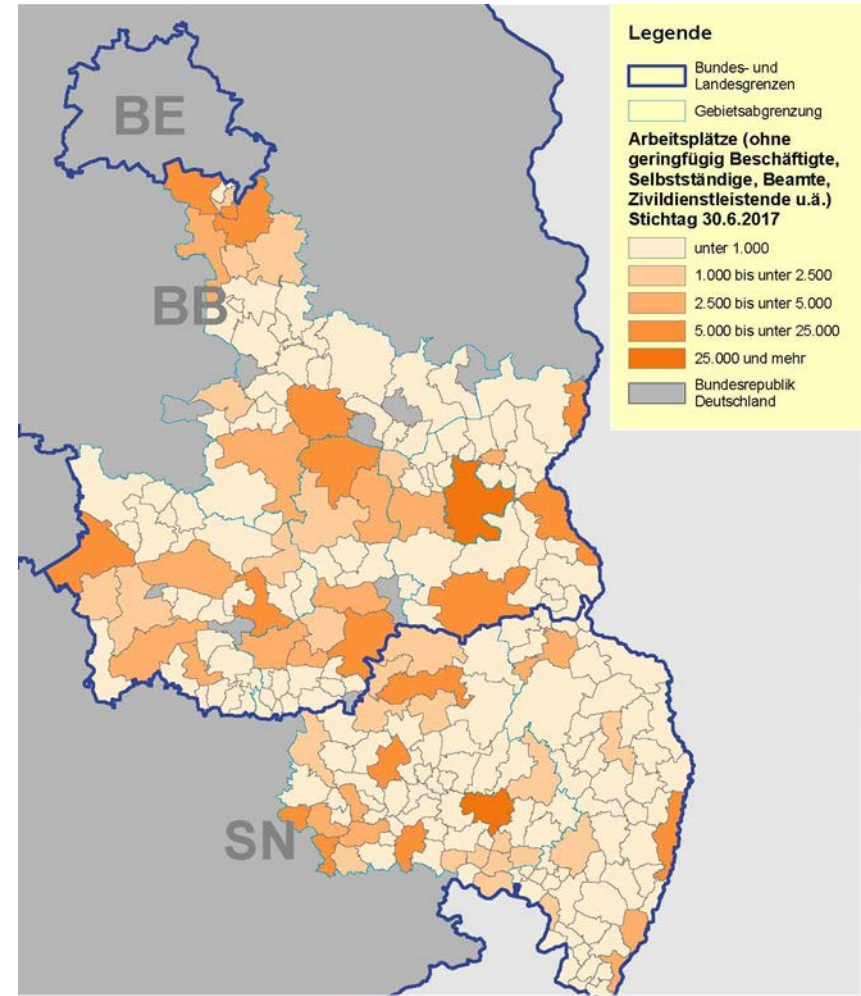
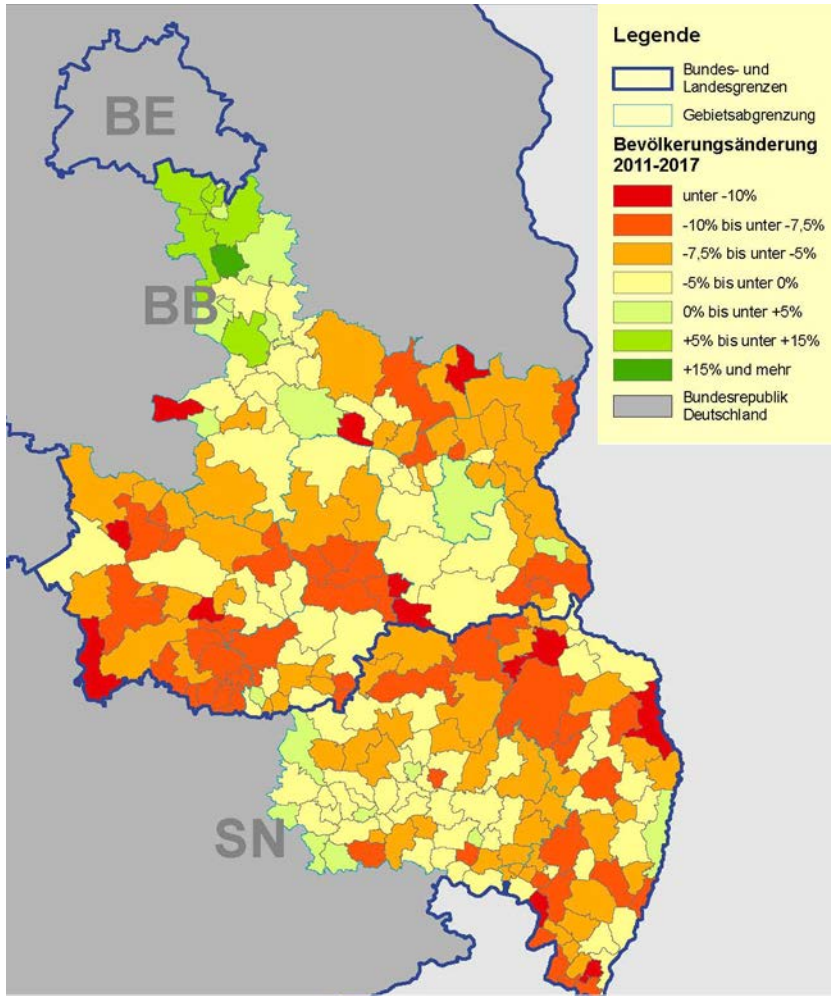
- „Die Kommission für den Kohle-Ausstieg erwägt einen "Revierbonus" für die betroffenen Regionen, der den Aufbau neuer Jobs beschleunigen soll. Damit könnten Infrastruktur-Projekte schneller umgesetzt werden, heißt es einem Entwurf der Kommission für einen Zwischenbericht zum Strukturwandel. Es geht etwa um den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken, schnelles Internet oder die Anbindung von Gewerbeparks.
- Die Regionen sollen außerdem 1,5 Milliarden Euro zusätzlich bekommen. In dem Papier heißt es, im Bundeshaushalt seien - wie im Koalitionsvertrag vorgesehen - für diese Legislaturperiode zusätzlich 1,5 Milliarden Euro als prioritäre Ausgaben für Strukturpolitik vorgesehen. "Diese sollen den Revieren unmittelbar zur Verfügung stehen und im Sinne eines Sofortprogramms genutzt werden.“ (rbb 12.10.18)
- „Bevor die Kohlekommission des Bundes kommende Woche ihren Fahrplan für einen Ausstieg aus der Braunkohle vorlegen will, hat die Lausitzrunde – ein Zusammenschluss von Kommunen aus Sachsen und Brandenburg – am Montag ihre Forderungen formuliert.
- Kernpunkt ist die Forderung nach einem Staatsvertrag, der zwischen dem Bund und der Lausitz geschlossen werden soll. In ihm soll nicht nur die Finanzierung für den fälligen Strukturwandel bei einem Kohleausstieg vereinbart werden, sondern auch konkrete Maßnahmen. 60 Milliarden Euro fordern Brandenburg und Sachsen für die ostdeutschen Kohlereviere. Mit dem Geld sollen vor allem Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur und eine bessere Anbindung der Lausitz an den die Metropolen wie Berlin und Dresden finanziert werden.“ (rbb 19.11.)

[HL](#)

Das Lausitzer Revier



Demografische Entwicklung und Arbeitsplatzzentren



Genesis – Statistik Sachsen; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2017)
22.05.2019

Zundel/BTU CS

Beschäftigungsstatistik Bundesagentur für Arbeit (2017)